

Die Zukunft der Europäischen Union

Notizen zu einem Kooperationsseminar von Europäischer Akademie Berlin (EAB) und VÖBAS e.V.

Die gemeinsamen Seminare in der EAB haben inzwischen schon eine kleine Tradition. Nach den europäisch-chinesischen und den europäisch-russischen Beziehungen (2013 und 2014) thematisierte die vom Auswärtigen Amt geförderte Tagung vom 2. bis zum 5. September 2016 den durch mancherlei Krisen gefährdeten Zusammenhalt in der EU.



Solche mehrtägigen Veranstaltungen in der relativen Abgeschiedenheit des Grunewalds bieten die Chance, eine Thematik ohne den üblichen Zeitdruck aus unterschiedlichen Perspektiven zu durchdenken und zu erörtern. In Kooperation mit dem VÖBAS-Vorstand hatten Dr. Elisabeth Botsch, Studienleiterin an der EAB, und ihr Team zahlreiche Referenten aus Politik, Wissenschaft und Publizistik für dieses gut besuchte Wochenendseminar gewonnen, das von Dr. Heike Dörrenbächer fachkompetent und umsichtig moderiert wurde.

Als wir das Seminar planten, hatte es kaum einer für wahrscheinlich gehalten, dass die britischen Wähler mehrheitlich für den Austritt aus der Europäischen Union stimmen würden. Der Ausgang des Referendums hat Europa in eine Art Schockstarre versetzt und lässt manchen überzeugten Europäer besorgt in die Zukunft schauen: *Wird das britische Beispiel Schule machen?* Ist dies der Beginn einer massenhaften Absatzbewegung vom Prozess der europäischen Integration?

Nein, sagt Dr. **Barbara Lippert**, Forschungsdirektorin der Stiftung Wissenschaft und Politik, der wohl wichtigsten Beratungsinstitution der Bundesregierung, in ihrem Eröffnungsvortrag. Ihrer Auffassung nach stellte Großbritannien seit seinem Beitritt im Jahre 1973 einen „Sonderfall“ unter den EU-Staaten dar. Mit dem Votum für den „Brexit“ korrigiere das (noch!) Vereinigte Königreich letztlich das Missverständnis, man sei nur einem Gemeinsamen Markt beigetreten. Man habe in Großbritannien habe nicht mit der fortschreitenden Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf die supranationale Ebene gerechnet und sich spätestens seit Maastricht dieser Entwicklung durch diverse Opt-Out- und Sonderregelungen (keine Teilnahme an der Währungsunion oder am Schengen-Abkommen) und Sonderregelungen („Britten-Rabatt“ auf die Beiträge zum EU-Haushalt) zu entziehen versucht.

„Brexit“ - Korrektur eines historischen Missverständnisses?

Anders als in Großbritannien gebe es in den verbleibenden 27 Mitgliedstaaten der EU keine der UK Independence Party (UKIP) vergleichbaren Parteien mit einer derart ausschließlichen und eindeutigen Austrittszielsetzung. Das Vereinigte Königreich habe im Unterschied anderen EU-Staaten mit dem Commonwealth ein jederzeit mobilisierbares Narrativ nationaler Größe und Eigenständigkeit und besitze dank seiner Wirtschaftskraft ein Druck- und Verhandlungspotenzial, über das – mit Ausnahme Deutschlands und Frankreichs – kein anderes EU-Land verfüge.

Die Verhandlungen über den Austritt nach Artikel 50 des EU-Vertrags von Lissabon gestalteten sich auch deshalb so schwierig, weil nicht nur die Modalitäten und Folgeprobleme des Ausstiegs, sondern auch die einer Neuansbindung an die künftige EU 27 geklärt werden müssten. Der „Brexit“ stelle nicht nur Großbritannien, sondern auch die EU vor enorme Herausforderungen. So reduziere der Ausfall eines bedeutenden Nettozahlers die Verteilungsspielräume bei den 2017 beginnenden Verhandlungen über den Finanzrahmen 2021 – 2018. Die Umverteilungskämpfe in einer um rund 60 Millionen Einwohner und 17% des BIP verkleinerten Union dürften härter werden. Auch werde ohne Großbritannien die Position einer liberalen Wirtschaftspolitik und damit auch tendenziell die der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der EU geschwächt.

Isabell Hoffmann, Projektmanagerin des Programms „Zukunft Europa“ der Bertelsmann Stiftung, unterfütterte die auch von Lippert vertretene These, dass das britische Votum keinen Dominoeffekt auslösen würde, mit empirischen Daten. Die über einen langen Zeitraum in Sechs großen EU-Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien) erhobenen Einstellungen zur

EU ließen – mit Ausnahme Großbritanniens – bei Zustimmungswerten von ca. 60 % eine breite und stabile Unterstützung des Prinzips der politischen und ökonomischen Integration erkennen; 70 % der EU-Bürger wünschten sich sogar eine größere Rolle Europas in der Welt. Gleichzeitig äußerten die nach den klassischen Regeln der empirischen Sozialforschung Befragten aber Unzufriedenheit, Zweifel und Sorgen hinsichtlich der konkreten politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklung der Union. Die Haltung der EU-Bürger sei also viel komplexer als gemeinhin unterstellt. Der viel beschworene Rückzug in das Nationale sei keineswegs ein genereller Trend. Dieser Befund könne durchaus als Ermunterung betrachtet werden, die Vorteile und Errungenschaften der Integration besser zu kommunizieren und mutiger für europäische Ziele und Werte einzutreten.

Link zur neuesten Untersuchung: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/EZ_eupinions_2016_01_DT.pdf

Frank Burgdörfer, vormals Mitarbeiter am Centrum für angewandte Politikforschung München und heute bei *xhoch3* bundesweit mit der Entwicklung und Durchführung von Planspielen befasst, warf die Frage auf: „*Scheitert die EU, weil nationalistische und euroskeptische Strömungen wachsen?*“ Wirtschaftliche und soziale Unsicherheit (als eher „linkes“ Erklärungsmuster) und die Auflösung traditioneller Identitäten und Ordnungsrahmen (als eher „rechter“ Erklärungsansatz) führten in weiten Teil der europäischen Bevölkerung(en) zu einer tiefen Verunsicherung, die von den unterschiedlichsten Bewegungen und Parteien politisch instrumentalisiert und durch sog. „soziale Netzwerke“ verstärkt werde. In drei Punkten ziehe die EU Kritik auf sich:

- erstens aufgrund der paternalistischen Haltung eines überwiegenden Teils der Politiker, zwar das Beste für alle anzustreben, aber wegen der tatsächlichen oder vermeintlichen Komplexität der zu lösenden Probleme die Bürger möglichst wenig einzubeziehen,
- zweitens aufgrund der Deformation der europäischen Idee zu einer nicht mehr hinterfragbaren Ideologie, mit der auch problematische Entscheidungen und Maßnahmen gerechtfertigt würden,
- drittens aufgrund der Neigung zahlreicher Akteure, die EU nicht als Rahmen für gemeinsames Handeln anzusehen, sondern mit einer bestimmten Politik zu identifizieren.

Dominanz der Regierungschefs

Weitreichende Entscheidungen in der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise seien ohne eingehende Beratung unter großem Zeitdruck intergouvernemental von einem kleinen Kreis von Staats- und Regierungschefs getroffen worden. Fortwährende „Operationen am offenen Herzen“ und geringe Halbwertszeiten von Vereinbarungen schürten ebenfalls das Misstrauen gegen die EU. Dennoch könne keineswegs von einer durchgehenden „Renationalisierung“ gesprochen werden: „Immer mehr Menschen europäisieren sich, die ‚Zurückgebliebenen‘ nationalisieren sich.“

Gegen die Vertrauenskrise auf allen politischen Ebenen helfe nur der offene Diskurs, das Austragen der Konflikte, Transparentmachen der Konfliktlinien, die Diskussion von Alternativen auch und gerade zwischen den Pro-Europäern, die in der Abwehr von Kritik allzu oft als geschlossener Block auftraten und von den Europaskeptikern oder –gegnern auch als solcher wahrgenommen würden.

„*Einsichten in das Machtzentrum*“ der EU vermittelte höchst anschaulich **Leon Steve** vom Inforadio rbb, der von 2011 bis 2014 als ARD-Hörfunkkorrespondent aus Brüssel berichtete. Im Fokus seiner Brüsseler Tätigkeit standen die zahlreichen Treffen der Staats- und Regierungschefs und der Wirtschafts- und Finanzminister; auf dem Höhepunkt der sog. „Euro-Krise“ 2012 erlebte er einmal drei Gipfeltreffen in einer Woche. Das Problem: Nicht die supranationalen Institutionen Europäisches Parlament und Europäische Kommission, sondern die Vertreter der nationalen Exekutiven würden das Geschehen auf der europäischen Bühne dominieren. Oft genug hätten sie sich nach gemeinsam gefassten Beschlüssen von diesen distanziert und so das angeschlagene Vertrauen in die EU weiter untergraben.

Das Übergewicht der nationalstaatlichen Politik spiegele sich auch in den 28 nationalen Pressekonferenzen nach Ratssitzungen. Vor allem die Pressekonferenzen der führenden Politiker würden von den Medien stärker besucht als die Pressekonferenzen des Rats- und des Kommissionspräsidenten. Möglicherweise könnten gemeinsame Pressekonferenzen die unheilvolle Praxis eindämmen, dass

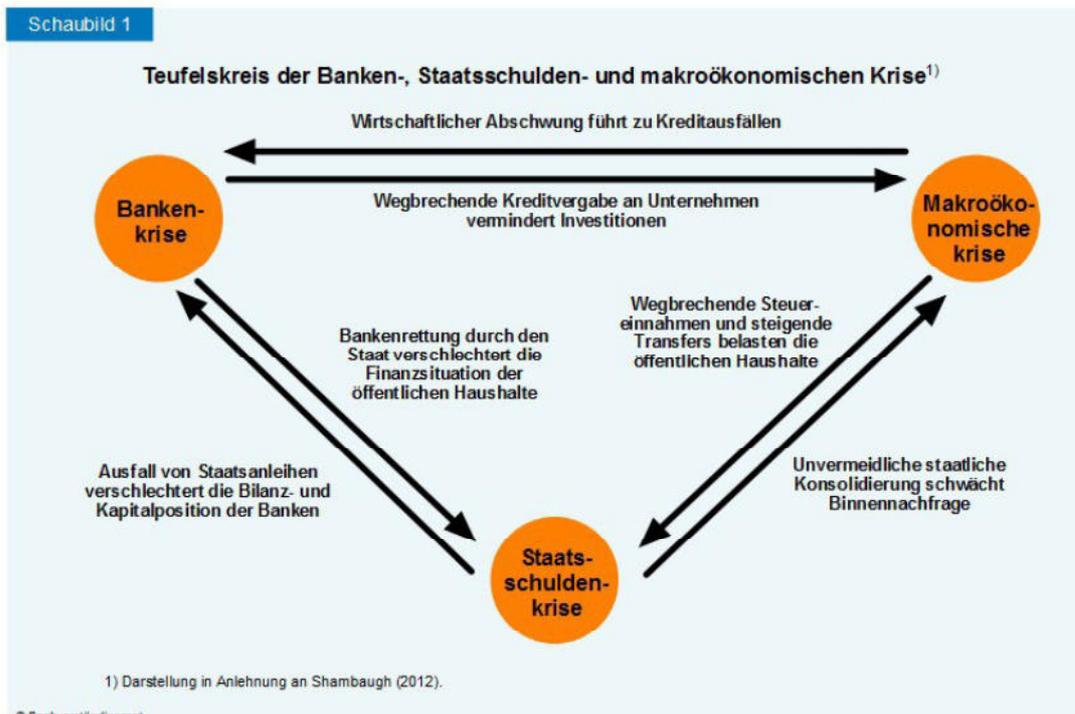
jeder Regierungschef die Ratsbeschlüsse mit Blick auf die Erwartungen der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit interpretiere statt das gemeinsam Erreichte hervorzuheben. Auch ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments als der eigentlichen Vertretung der EU- Bürger/innen könne zu einer europäischen Streitkultur beitragen und Interesse für die gemeinsamen Angelegenheiten wecken.

Einen breiten Raum nahmen die allenfalls teilweise bewältigten „*Folgen der globalen Finanz- und Staatsschuldenkrise für den Zusammenhalt in Europa*“ ein, die **Prof. Dr. Michael Tolksdorf** von der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht in seinem Vortrag nachzeichnete. Erst jetzt habe die europäische Wirtschaft wieder das Niveau vor der Krise von 2007ff. erreicht, in der er die schwerste Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems seit dem Großen Crash von 1929ff. sieht. Allerdings stelle sich die Situation in den Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich dar: Während insbesondere in den mediterranen Ländern die Wirtschaftsleistung stagniere oder nur langsam steige, hätten andere Länder wie Deutschland schnell die Talsohle durchschritten und erfreuten sich eines soliden Wachstums. Insgesamt seien die USA und Großbritannien wesentlich besser aus der Krise hervorgegangen als die Eurozone, die ihre Stabilisierung zu einem nicht geringen Maße der EZB zu verdanken habe. Marios Draghis Ankündigung auf dem Höhepunkt der Griechenlandkrise, alles zu tun („whatever it takes“), um die Gemeinschaftswährung zu retten, habe weltweit das Vertrauen in den Euro gestärkt.

Keine Eurokrise, sondern eine Krise der europäischen Politik

Von einer „Eurokrise“ könne freilich keine Rede sein: Weder gebe es eine Flucht aus der Gemeinschaftswährung oder in andere Währungen oder in die Sachwerte noch eine Beeinträchtigung der Geldfunktionen. Wohl aber habe die Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise schonungslos die Konstruktionsmängel der Währungsunion offengelegt. In der Eurozone als einer Gemeinschaft souveräner Staaten sei zwar die Geldpolitik, etwa mit einheitlichen Zentralbankzinsen und einer gemeinsamen Bankenaufsicht, vergemeinschaftet, nicht aber die Fiskalpolitik, für die es nur recht dehnbare und oftmals durchbrochene Spielregeln gebe. In gewisser Weise wirke die Geldpolitik der EZB wie eine Palliativmedizin, die zwar die Probleme lindern, aber nicht verbindliche europäische Entscheidungen in der Ordnungs- und Fiskalpolitik ersetzen könne.

Im Übrigen mahnte Prof. Tolksdorf zu mehr Gelassenheit im europäischen Krisendiskurs. So sei längst vergessen, dass es vor der Einführung des Euros eine Zeit extremer Wechselkursschwankungen und eine politisch hochproblematische Dominanz der Deutschen Bundesbank in Europa gegeben habe. Niemand in Europa könne sich eine solche Situation ernsthaft zurückwünschen.



Auch **Florian Moritz** vom DGB-Vorstand rekapitulierte in seinem Vortrag „*Der Fall Griechenland und die Eurorettung*“ zunächst den Krisenverlauf seit 2008. Dreieinhalb Jahrzehnte Deregulierung hätten zu einer globalen Finanzkrise geführt, die nur durch massive staatliche Interventionen insbesondere zugunsten notleidender Banken eingedämmt worden konnte, was wiederum die Staatsverschuldung massiv ansteigen ließ. Die Unsicherheit auf den Finanzmärkten sei allerdings durch die „Rettungsschirme“ nicht wirklich überwunden worden, weil die Vergabe von Notkrediten an krasse Spar- und Kürzungsaufgaben gebunden worden sei, welche in Verbindung mit der Erhöhung der Steuersätze und der Senkung der Löhne die Krise in den Mittelmeerstaaten außerordentlich verschärft hätten.

Austeritätspolitik in der Kritik

Die maßgeblich auf deutschen Druck durchgesetzte Austeritätspolitik habe vor allem in Griechenland einen bis heute nicht durchbrochenen Teufelskreis in Gang gesetzt: Die Regierungsmaßnahmen bewirkten einen massiven Einbruch der Binnennachfrage, was zum Rückgang der Produktion, der Beschäftigung, der Staatseinnahmen und folglich zum erneuten Anstieg der Staatsdefizite und der Staatsverschuldung führe. Die makroökonomischen Daten seien desaströs: Seit Beginn der Krise seien die Arbeitslosenquote um 87% und die Staatsschuldenquote um 78 % gestiegen, während das BIP um 18 % zurückgegangen sei. Auch die inzwischen expansive Geldpolitik der EZB könne die negativen Auswirkungen der Austeritätspolitik in den mediterranen Krisenstaaten bestenfalls abmildern. Nur ein finanzpolitischer Kurswechsel mit Investitionsprogrammen, weiteren Schuldenerleichterungen und der Einführung von Eurobonds als Ausdruck europäischer Solidarität könnten einen Weg aus der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise weisen.

Die Konfliktlinien in der EU verlaufen nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern spätestens seit 2015 auch in der *Asyl- und Flüchtlingspolitik*. Die EU im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen hätten lange Zeit die Augen vor den weltweiten Fluchtbewegungen verschlossen, sagte **Wolfgang Grenz**, ehemaliger Generalsekretär von Amnesty International Deutschland. 2015 seien weltweit rund 65 Millionen Flüchtlinge registriert gewesen, davon rund zwei Drittel Binnenflüchtlinge und rund ein Drittel Menschen, die Schutz und Asyl außerhalb der Landesgrenzen suchten. Gemäß Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention sei ein Flüchtling eine Person, „die sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren ständigen Wohnsitz hat, und die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren kann“.

Für eine solidarische europäische Asylpolitik

Angesichts des Scheiterns der Dublin III - Verordnung plädierte Grenz für eine solidarische europäische Flüchtlings- und Asylpolitik, die

- allen Flüchtlingen den Zugang zu einem fairen Asylverfahren sichere,
- legale Zugangswege schaffe, um die Aktivitäten der Schlepper einzudämmen und die lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer überflüssig zu machen,
- die berechtigten Interessen der Flüchtlinge bei der Wohnortzuweisung (z.B. Familienzusammenführung) berücksichtige,
- aber auch bei der Verteilung der Flüchtlinge neben den Kriterien Einwohnerzahl und Wirtschaftsleistung die fehlende Migrationserfahrung der ostmitteleuropäischen Länder anerkenne.

Wer für den unbedingten Schutz der Verfolgten und Flüchtlinge eintrete, müsse auch einräumen, dass die Zuwanderung aus ökonomischen Gründen anderen Regeln unterliege als dem humanitären Völkerrecht und dem grundgesetzlichen Anspruch auf Asyl. Hier könne nur ein Einwanderungsrecht helfen, welches die Einwanderung nach bestimmten Kriterien und innerhalb festgelegter Quoten regelt.

Die Aufnahme Integration der Flüchtlinge ist nicht nur eine Aufgabe staatlicher Behörden, sondern auch und vor allem der Gesellschaft. **Günther Schulze** vom „Willkommensbündnis für Flüchtlinge“

berichtet von dem breiten „*bürgerschaftlichen Engagement*“ im eher konservativen Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf. In sehr kurzer Zeit hätten sich über 2000 Unterstützer/innen zusammengefunden, darunter allein 300 Ärzte. In der Flüchtlingsarbeit engagierten sich mehr Menschen als in allen Parteien zusammen. Allerdings könne ehrenamtliches Engagement das professionelle Handeln seitens staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen nicht ersetzen.

Große Herausforderungen seien: erstens die möglichst dezentrale Unterbringung, was angesichts der Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt äußerst schwierig sei, zweitens die Eingliederung in das Bildungssystem, wofür zahlreiche neue Klassenräume und zusätzliche Lehrkräfte erforderlich seien, drittens die Arbeitsmarktintegration, die häufig auch durch die nur schleppende Klärung des Aufenthaltsstatus verzögert werde. Letzteres sei besonders ärgerlich, weil die Motivation der Geflüchteten, schnellstmöglich aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu verdienen, sehr hoch sei.

Die Grundidee der europäischen Integration vermitteln

Welchen Beitrag kann ökonomische Bildung leisten, die Grundidee der europäischen Integration im Bewusstsein insbesondere der jungen Menschen so zu verankern, dass sie über der berechtigten Kritik an konkreten politischen Entscheidungen niemals die zentrale Bedeutung der Europäischen Union für ihr Leben und Überleben in einer komplexen Welt aus dem Sinn verlieren? **Prof. Dr. Hans Kaminski**, wissenschaftlicher Leiter des Oldenburger Instituts für Ökonomische Bildung, hat den Prozess der europäischen Einigung in seiner Biografie auf vielfältige Weise erlebt und mitgestaltet: als in seiner neuen Heimat nicht eben willkommen geheißenes Flüchtlingskind mit der Not der Nachkriegszeit und als junger Zollinspektor an der deutsch-niederländischen Grenze mit der lähmenden Wirkung von Güterverkehrskontrollen konfrontiert, setzte er sich als Lehrer und Hochschullehrer im Unterricht, in zahlreichen Filmen, Publikationen, Seminaren und europäischen Projekten für den europäischen Integrationsprozess ein.

In einer Situation, in der „Europa“ oft nur noch als vermeintlich monströser Verwaltungsapparat wahrgenommen werde (wo doch die EU-Institutionen tatsächlich weniger Beamte beschäftigten als die Stadt Düsseldorf) und zur Projektionsfläche für alle möglichen Beschwerden und Ärgernisse gemacht werde, komme es darauf an, die unbestreitbaren Leistungen der EU mit dem Leben eines jeden Einzelnen in Verbindung zu bringen. Anstelle 16 verschiedener, zudem noch nach Schularten unterschiedener Curricula in den deutschen Bundesländern benötigten wir ein europäisches Gesamtcurriculum, das zum einen die ökonomische und politische Idee der EU vermittele, zum anderen die Funktionen der Verbraucher, der Unternehmen und des Staates im europäischen Kontext sowie die Rolle der EU in der Welt aufzeige. Es reiche nicht aus, die europäische Integration erst am Ende der Schulzeit zu thematisieren. Die europäische Dimension müsse vielmehr in allen Phasen des ökonomischen und politischen Unterrichts mitgedacht und mitbehandelt werden, weil es heute kein soziales Handeln mehr gebe, das nicht in europäische und globale Zusammenhänge eingebunden sei. Das freilich könne nur bei und mit qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern, verbindlichen curricularen Vorgaben, geeigneten Unterrichtsmaterialien und –medien sowie ausreichenden Zeitdeputaten für den Unterricht gelingen.

Zu Hause nicht anders reden als in Brüssel

Der Juraprofessor Dr. **Heribert Hirte**, der 2013 für die CDU in den Deutschen Bundestag eingezogen ist, sitzt im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Unterausschuss Europarecht des Rechtsausschusses an einer *Schnittstelle zwischen nationalstaatlicher und europäischer Politik*. In einer Art „aktuellen Stunde“ machte er deutlich, dass (mit Ausnahme der Agrarpolitik) alle Rechtsakte der EU vor und nach der Beschlussfassung durch den Bundestag gehen; von einer „Diktatur“ der Brüsseler Institutionen könne keine Rede sein. Allerdings sei es dem Ansehen der EU sehr abträglich, wenn nationalstaatliche Politiker bei erfolgreicher Durchsetzung eines Vorhabens stolz verkündeten „Das haben **wir** gemacht!“, während sie im Falle von Fehlentwicklungen stets mit dem Finger nach Brüssel zeigten: „Das haben **die** gemacht!“ Es komme stattdessen darauf an, das gemeinsam Erreichte und die gemeinsamen Interessen zu betonen und endlich mit dem Hin- und Herschieben der Verantwortung aufzuhören.

Ein Problem sieht er in der Berichterstattung der Medien, aber auch im Reden von Politikern und Bürgern über Europa. Getreu dem Motto „Only bad news is good news“ werde selten über das berichtet und gesprochen, was gut funktioniere. Das Gelungene gelte schlicht als „normal“, über das man keine Worte verlieren müsse, während man durch die zuspitzende Berichterstattung über Missstände und Schwierigkeiten maximale Aufmerksamkeit erzielen könne. Das spreche allerdings keineswegs gegen das Austragen von Konflikten und Kontroversen, das eine heilsame Wirkung habe, wenn dadurch unterschiedliche Positionen und Interessen geklärt, aber auch Gemeinsames zutage gefördert werde.

Einsichten und Konsequenzen

In mehreren Reflexionsrunden haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Reihe von Einsichten formuliert, die sie in ihren Unterricht, ihr Studium und ihre Veranstaltungen der Erwachsenenbildung mitnehmen wollen:

- Wir müssen angesichts zahlreicher Krisenerscheinungen uns wieder auf die politische und die ökonomische Grundidee der europäischen Integration besinnen: Die großen Fragen von Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle können nicht mehr national, sondern nur noch europäisch und global gelöst werden.
- Der Zusammenhalt in Europa beruht wesentlich auf wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, für die geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen. Ohne die Teilhabe aller Völker und Schichten am wirtschaftlichen Fortschritt ist und bleibt der Zusammenhalt gefährdet.
- „Europa“ darf keine isolierte Unterrichtseinheit am Ende der Schulzeit sein, sondern muss im Gesamtcurriculum verankert sein. Für die ökonomische Bildung bedeutet das, bei allen gängigen Unterrichtsthemen die europäische Dimension mitzudenken, z.B. bei den Fragen des privaten Konsums etwa den europäischen Verbraucherschutz, bei den Fragen der Produktion und der Arbeitsbeziehungen etwa die Freizügigkeit der Erwerbstätigen, bei den Fragen der Wirtschaftspolitik etwa die Rolle der EU in der Wettbewerbs- und Strukturpolitik oder die Bedeutung der EU-Richtlinien für die nationale Gesetzgebung, bei den Fragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen etwa die Zuständigkeit der EU für die Außenhandelspolitik usw. usf.
- Aufklärung über die Prinzipien, Strukturen und Prozesse der Europäischen Union ist wichtig. Zur Herausbildung europäischer Identität bedarf es aber auch eines Gefühls der Zusammengehörigkeit, das aus der Besinnung auf die gemeinsamen und unterschiedlichen kulturellen Wurzeln und geschichtliche Erfahrungen hervorgehen kann. Oft wird erst aus einer globalen Perspektive auf Europa deutlich, wie viel seine Völker, Regionen und Kulturen in Denkweisen, bildenden Künsten, Musik, Literatur etc. gemeinsam haben.
- Die Identifikation mit dem europäischen Projekt kommt nicht allein durch noch so überzeugende Aufklärungsarbeit zustande, sondern auch durch den offenen und ehrlichen Diskurs über Probleme und alternative Lösungsansätze: Streiten - über die beste Lösung der gemeinsamen Aufgaben - verbindet.
- Zur europäischen Identität gehört zwingend die Anerkennung und Respektierung nationaler und regionaler Traditionen und Besonderheiten. Vielfalt (heute würde man auch sagen: Diversität) bedeutet nicht Schwäche, sondern Stärke, wenn sie gelebt wird. Das Motto „in Vielfalt geeint“ bedeutet im offiziellen Selbstverständnis der EU, „dass sich die Europäer über die EU geeint für Frieden und Wohlstand einsetzen, und dass die vielen verschiedenen Kulturen, Traditionen und Sprachen in Europa eine Bereicherung für den Kontinent darstellen“.

Kajo Burkard